

# DEMONSTRATION IN BROKDORF

Der Prozeß gegen die Baugenehmigung für das AKW Brokdorf ist verloren. Seit dem vergangenen Freitag ist bekannt, daß das Verwaltungsgericht Schleswig die Klage abgewiesen hat.

Ist das ein Grund, jetzt zu sagen, die Atomkraftgegner haben eben unrecht, das Gericht hat es ja bestätigt? Die Frage beantwortet sich von selbst:

- Wie ein roter Faden zog sich durch das Gerichtsverfahren die Tatsache, daß das Gericht nicht im geringsten auch nur ein einziges der Argumente der Kläger zur Kenntnis genommen hat. Es hat sich auf die formale Position zurückgezogen, es habe nichts von dem Vorbringen der Kläger selbst zu überprüfen.
- Ständige Begleitumstände des Prozesses waren es, daß das Gericht bei allen Gelegenheiten das tat, was Behörden und Betreibern genehm war. Das begann mit der Terminfestsetzung (die Atom-Mafia brauchte nur zu pfeifen, und das Gericht rannte ... ) und endete mit der Art und Weise, wie die Gerichtsentscheidung bekanntgegeben wurde (nämlich telefonisch ohne Begründung - die Betreiber können weiterbauen, die Kläger aber haben vorerst keine rechtliche Handhabe dagegen!). Offener und deutlicher konnte das Gericht seine Parteilichkeit nicht unter Beweis stellen.

Wir sind empört über diese Machenschaften und wollen jetzt zeigen: Dieses Urteil nehmen wir nicht hin, weil das Gericht sich nicht mit unseren Argumenten auseinandergesetzt hat, geschweige denn, sie widerlegt hat! Wir sind noch da und werden weiter Widerstand leisten!

Deshalb demonstrieren wir

**AM SONNTAG , 23. 12. 1979**  
**UM 13 UHR AM BAUPLATZ**  
**(NWK - STRASSE)**

und fordern alle AKW-Gegner zur Teilnahme auf. Einige Landwirte kommen mit Treckern und rufen ihre Berufskollegen auf, sie darin zu unterstützen.

Es ist so wichtig, jetzt gegen das Urteil zu protestieren, daß wir auch einen Tag vor Weihnachten auf die Straße gehen!

Unsere Argumente gegen Atomkraftwerke sind unzählige. Seit Harrisburg und Brunsbüttel kann nicht mehr über sie hinweggesehen werden.

Alle Argumente sind auf den Erörterungsterminen für das AKW Brokdorf vorgetragen worden. Als sie der Behörde zu unbequem wurden, brach die Behörde die Termine ab.

Dann sagten einige Bürger: Wir müssen vor Gericht gehen; dort werden unsere Argumente gehört werden. Und: Kein Baubeginn vor Gerichtsentscheid - sonst helfen wir uns selbst!

Nach der Nacht- und Nebelaktion mußte die Bevölkerung sich dann tatsächlich selber helfen. Groß war der Aufruhr und der Schreck bei den Politikern über den Stein, den sie ins Rollen gebracht hatten. Geschwind mußte dann das Gericht her, mit einem Baustopp die Wogen wieder zu glätten.

Fast 3 Jahre war Ruhe. Unterdessen hat vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig tatsächlich die Gerichtsverhandlung über die Baugenehmigung stattgefunden. War das jetzt vielleicht ein Abwägen von Argumenten??? Jeder, der die Gerichtsverhandlung auch nur teilweise miterlebt hat, wird bestätigen: Das Gericht hat sich überhaupt nicht darum geschert, sich mit unseren Argumenten auch nur ansatzweise auseinanderzusetzen. Kläger, Rechtsanwalt und wissenschaftliche Beistände konnten reden und reden, das Gericht hatte sich von Anfang an vorgenommen, nur formale Gesichtspunkte gelten zu lassen. So wurden sämtliche Beweisangebote der Kläger abgelehnt, mit der Begründung, darauf komme es nicht an. Wenn es nicht auf Strahlenbelastung, Unfallgefahr, Atom-müllprobleme ankommt - worauf denn dann???

Ohne daß das Gericht unsere Argumente überhaupt zur Kenntnis genommen hat, ist jetzt die Klage abgewiesen worden. Das allein ist schon eine Ungeheuerlichkeit, die zeigt, was wir von einem solchen Gericht zu halten haben!!!

Ebenso ungeheuerlich ist: Das Gericht hat nun offen den Behörden und Betreibern eine Brücke gebaut und das sogar noch gegen geltendes Gesetz: Nach der Verwaltungsgerichtsordnung dürfte ein Urteil nur in mündlicher Verhandlung verkündet oder schriftlich zugestellt werden (und zwar mit Begründung!). Dadurch, daß das Gericht jetzt telefonisch bekanntgegeben hat, daß die Klage abgewiesen ist, ohne das aber zu begründen, ist folgender Zustand erreicht: Die Betreiber dürfen anfangen zu bauen (ein erneuter Antrag auf Baustopp hätte keinen Erfolg, da das Gericht ja bereits entschieden hat!), die Kläger aber

haben nicht die geringste rechtliche Handhabe, z. B. in die Berufung zu gehen (weil das Urteil ja noch nicht verkündet ist!). Indem das Gericht mit diesem faulen Trick zugunsten von Behörden und Betreibern diesen Schwebezustand geschaffen hat, muß auch dem Letzten jetzt klar sein, woher der Wind weht!

Das Gericht hat uns verschaukelt (ähnlich wie vor 3 Jahren die Landesregierung) - jetzt müssen wir uns wieder selbst helfen!

Deshalb demonstrieren wir am Sonntag, dem 23. 12. um 13 Uhr am Bauplatz in Brokdorf. Wir wollen zeigen, daß wir empört sind über diese Machenschaften und daß wir dieses Urteil nicht hinnehmen werden.

Für den Fall des Weiterbaus fordern wir jetzt schon alle AKW-Gegner auf, ihren Widerstand nach ihren Kräften und Möglichkeiten zu entfalten und uns bei unserem Widerstand zu unterstützen und sich jetzt schon darauf vorzubereiten. In der Diskussion ist dazu unter anderem eine bundesweite Großdemonstration am Bauplatz am ersten oder zweiten Wochenende nach Weiterbau.

Die Kläger aus der Wilstermarsch  
Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU  
Hamburg  
BUU Brokdorf/Wewelsfleth  
BUU Brunsbüttel

Spendenkonto für die jetzt anfallenden Prozeßkosten:

Verbandssparkasse Wilster  
Kto.-Nr. 104/054498  
Stichwort: Brokdorf-Prozeß

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o Paulsen, Arentsee,  
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538  
Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg c/o Laden,  
Lutterothstr. 33, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/402782  
BUU Brunsbüttel c/o Lüthje, Arentsee 21,  
2211 Brokdorf, Tel. 04858/875

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!  
Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!  
Einstellung aller Strafverfahren gegen AKW-Gegner!